

In unsere Reihen zu treten durch die von ihnen gegründete Kasse. Doch ihre Hoffnungen hätten sich nicht verwirklicht, selbst der größere Teil der Prinzipale zeigte sich dem Unternehmen nicht sympathisch, während an anderen Orten, wo der Kasse Geltung verschafft werden sollte, wiederum die Gehilfen sich widersetzen. An dieser Stelle sei auch der von Berliner Faktoren ins Leben zu rufende „Verband der Nichtverbändler“ zu erwähnen. Welcher Geist denselben befehlen würde, das zeige hinlänglich das Blatt Typograph. Immer wieder werde versucht, dem gebahnten Verbands den Varaus zu machen, gelte es den Zweck zu erreichen, so sei kein Mittel zu schlecht. Um so mehr sei es für jeden Buchdrucker Pflicht, dem Verbands beizutreten, denn nur wenn die Gesamtheit hinter jedem einzelnen stehe, sei es möglich, dessen Ansprüchen Geltung zu verschaffen. Was bedeute das Wohlwollen der Prinzipale, was die persönliche Tätigkeit, wenn der Zeitpunkt in Frage komme? Alle Versicherungen verliegen dann wie Spreu im Winde. Redner schloß nach einem weitem Rundblick auf die Lage mit dem Besuche, daß unser Heil allein in einer starken gewerkschaftlichen Organisation, in vereintem Zusammenstreben und starkem Zusammenhalten liege. Reicher, enthusiastischer Beifall folgte dem einstündigen Vortrage. Ein gemütlicher Kommers, verhängt durch einige von Kollegen vorgetragene Chorgesänge hielt die Besucher der Versammlung noch lange beisammen.

Magdeburg. Zweite Vereinigung der Bezirke Burg und Magdeburg hatten sich die Mitglieder beider Bezirke am Sonntag dem 17. September in Magdeburg versammelt, nachdem vorher in den einzelnen Mitgliedschaften die Frage reiflich erörtert und man überall, wie die Vertreter im Laufe der Debatte feststellten, zu dem Schluß gekommen war, daß eine Vereinigung beider Bezirke nur wünschenswert sei. Im gleichen Sinne sprach sich auch der Vorsitzende des Hauses A in der Saale, Kollege Nießmann-Halle, aus. Nach verhältnismäßig kurzer Debatte wurde der Antrag auf Vereinigung der Bezirke Burg und Magdeburg einstimmig angenommen. Hiermit hat endlich eine Angelegenheit ihre Erledigung gefunden, welche jahrelang die Gauhaut beschäftigt hat und deren Ursache besonders in der unangünstigen Bezirksenteilung zu suchen ist. Der größte Teil der Mitglieder des Bezirkes Burg mußte zu den Bezirksversammlungen weit über Magdeburg fahren, ja es ist vorgekommen, daß der Bezirk Burg der Bequemlichkeit und der Reisekostenersparnis halber seine Bezirksversammlung außerhalb des Bezirkes, nämlich in Magdeburg abgehalten hat. Aus diesen Gründen war es thatsächlich die höchste Zeit, daß hier Wandel geschafft wurde, wie es ja überhaupt ein Urding ist, Orte, die ihrer geographischen Lage nach zusammen gehören, mit Gewalt auseinander zu reißen und dadurch die Pflege der Kollegialität und die gemeinschaftliche Erörterung gewerkschaftlicher Fragen zu erschweren. Möge aber nun auch jedes Mitglied durch eifrige Agitation für unsern Verband daran mitwirken, daß die Hoffnungen, die an die Vereinigung beider Bezirke geknüpft wurden, in Erfüllung gehen. — Aus dem in derselben Versammlung festgesetzten Bezirksstatut ist besonders zu erwähnen, daß als Vorkort Magdeburg bestimmt ist und daß aus der zu erachtenden Bezirkskassette, zu welcher ein wöchentliches Beitrag von 5 Pf. erhoben wird, den die Bezirksversammlung besuchenden Mitgliedern ein Zuschuß zu den Reisekosten gewährt werden soll; außerdem sollen auch ausgediente und nichtzugewandte durchreisende Verbandsmitglieder unterstützt werden. — Nach der Beratung des Bezirksstatuts hielt Kollege Nießmann-Halle einen längeren Vortrag über die Agitation für den Verband besonders in den kleineren Orten. Wichtigsten die Ausführungen des Referenten, die besonders darin gipfelten, daß nicht immer durch allgemeine Versammlungen, sondern besonders durch persönliche Ansprache an die Nichtmitglieder eine erfruchtliche Agitation für den Verband einfallt wird, dazu beitragen, daß sich die Mitglieder aus neuer Pflicht bewußt werden, unentwegt für die Erhaltung und Kräftigung unserer Gewerkschaft zu agitieren und zu wirken. Hierher gehört aber auch ein regelmäßiger Versammlungsbesuch, da man in den Versammlungen immer wieder neue Anregung zu fortgesetzter Arbeit für den Verband erhält; das letztere sei besonders der Mehrzahl der Magdeburger Mitglieder zur Berücksichtigung dringend empfohlen.

Wesel, 2. Oktober. Zu der gestern hier selbst abgehaltenen Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung hatten sich 30 Kollegen eingefunden, davon 4 aus Bocholt, 4 aus Oberhausen und die übrigen von, nebenbei bemerkt kaum die Hälfte der in den sieben hier am Plage bestehenden Druckereien beschäftigten Kollegen. Der vom Herrn Gauvorksteher Brauch in bekannter trefflicher Weise erstattete Vortrag über die augenblickliche Lage des Buchdruckerwerbes fand dankbare Entgegennahme. Die im Verlaufe der Diskussion seitens der diesseitigen Redner gerügten Uebelstände, als da z. B. sind Löhne von 12, 14 und 16 Mark usw., fanden allgemeine Verurteilung, den ausgesprochenen Hoffnungen und Wünschen wurde baldige Erfüllung

in Aussicht gestellt. Na, hoffen wir, daß das gestern so einmütig ausgebrachte Hoch auf den bösen Verband bald aus den Reihen von „Nur Vereinstmitgliedern“ noch öfter in Wesel erschallen möge, das wäre der beste Dank für die Mühe des Referenten und die schönste Frucht unserer für „kolonialpolitisch im dunkeln Erdteile“ gebrachten Opfer.

Rundschau.

Sie ist da! — Wer ist da? — Die neue Klage gegen die Zentral-Invalidentasse in Liq. 85 mit dem Liquidationsbeschlusse wie es scheint unzufriedene Herren, die, sich auf einen S.-N.-W.-Strich Deutschlands verteilend, in Stuttgart, Bremen, Oldenburg, Königsberg, Bonn und Freiburg i. B. in ihren lebenslänglichen Konditionen sitzen, fühlen den bescheidenen Wunsch nach Herauszahlung von 10980 Mk. aus dem Kapitale der Invalidentasse an sie. Damit ihnen ja kein Pfennig von dem Gelde verloren geht, fügen sie noch die höfliche Bitte hinzu, die Kasse möchte zur Sicherheit, bis sie den „Draht“ in Händen haben, unter Sequester gestellt werden. Unzweifelhaft „liebe Kollegen!“ Durchschnittlich 130 Mark will ein jeder (die 15 Bremer durchschnittlich sogar 200 Mark) herausgeholt haben, das sind dreizehn Jahressteuern, also wohl sämtliche von ihnen geleistete Beiträge. Auf alle Mitglieder können wir den hier eingelagerten Satz freilich nicht anwenden, denn die Kläger sind ja „alte vernünftige“ Männer, die in ihrer Kassemittgliedschaft beim Gewerksverein den Durchschnitt der Mitgliedschaftsjahre übertroffen haben mögen, denn wäre dies nicht der Fall, so müßte die Zentral-Invalidentasse in Liq., wenn alle Mitglieder auf Herauszahlung der Beiträge klagen wollten, bei 15000 nicht weniger als 2950000 Mark Vermögen besitzen, während thatsächlich nur 1150000 Mark beim Eintritte der Liquidation vorhanden waren. Mit einer rührenden Sorglosigkeit setzen sich die Herren Kläger, die ihr Geld wieder verlangen, über das Schicksal der Invaliden hinweg, die die Fäden an die Wand hängen müßten, wenn das Kapital „geteilt“ werden würde. Fürwahr eine brillante Logik bedeutet die Klage. Als gewesene Mitglieder haben doch die Kläger die Verpflichtung zur Unterstützung der invalid werden Kollegen laut Statut durch Zahlung ihrer Beiträge mit übernommen, wie können sie sich nun dieser Pflicht entziehen wollen? Gegen ihre Klage steht doch sofort den Invaliden eine solche auf Erfüllung ihres Anspruches aus dem Kapitale zu! Was würde denn einer der Kläger in dem Falle thun, daß er Invalide wäre?! Ein erquisitetes Seitenstück bildet diese Klage zu der von gegnerischer Seite, mit der sich doch die Kläger identifizieren, gegen den Verband erhobenen Verdrächtigung, als würde er seinen Mitgliedern je das Recht auf Unterstützung verweigern, da er die Freiwilligkeit ins Statut aufgenommen. Nun wollen sie, die Rechtlichsten aller Rechtlichen, ihren ärmsten, dauernd arbeitsunfähigen Kollegen den Weiterbezug der verbrieften Hilfe unmöglich machen! Ah, die Herren sind durch den letzten Richterpruch lähm geworden, es wird hohe Zeit, daß ihnen die Zivilkammer am 8. November, wo die Verhandlung stattfindet, einen Dämpfer aufsetzt! Im übrigen braucht uns der sonderbare Anlauf nicht im geringsten zu alterieren, selbst eine Sequestrierung hätte nichts zu sagen. Unser Anwalt wird den Herren schon die Wege weisen. Noch dürfte es sie nicht im Handteller jucken.

Tschekenflugblatt. Das Leipziger Tageblatt erhielt folgende Zuschrift: „Sehr geehrte Redaktion! Nr. 505 Ihres geschätzten Blattes enthält betreffs des jungtschechischen Manifestes eine Korrespondenz aus Prag, zufolge der dieses Manifest in unserer Offizin gedruckt worden wäre, nachdem vorher — wie eine Ihrerfreis angelegte Redaktionsbemerkung verfährt — zwei andere hiesige Firmen den Druck des Schriftstückes abgelehnt hätten. Hierzu bemerken wir ergebenst, daß allerdings von uns und zwar in böhmischer Sprache ein Schriftstück gedruckt worden ist, das der Besteller als Petition an den österreichischen Reichsrat bezeichnete. Die bessere Ausstattung sowohl wie auch die geringe Auflage schienen dies zu bestätigen. Daß wir die böhmischen Typen nicht gegossen haben, um uns an deren Anblick in beschaulicher Ruhe zu erfreuen und daß wir, im Besitze dieses Schriftmaterials, nicht die geringste Veranlassung hatten, den Druckauftrag ebenfalls abzulehnen, ist für jeden einleuchtend, dessen Blick nicht durch kleinliche ängstliche Auffassung getrübt ist. Wenn andere hiesige Druckereien die Drucklegung zurückgewiesen haben, so stehen wir auch heute noch auf einem andern Standpunkt. Eine derartige Praxis würde im internationalen Handel und Verkehre für die Dauer zu ganz sonderbaren Konsequenzen führen, von welsch letzteren wir gern einige Beispiele geben möchten, wenn dies nicht den Raum in Ihrem geschätzten Blatte noch mehr in Anspruch nehmen würde. Daß sich der Inhalt der Petition, die ja auch unsere Druckfirma trägt, weder gegen die guten Sitten noch gegen unser Vaterland oder dessen Geetze richtet, ist uns in verbürgter Weise vor dem Drucke bekannt ge-

geben worden. Hochachtungsvoll Wehger & Wittig.“ — Niernach wird unsere Bemerkung, daß die Buchdruckerunternehmer stramme Internationalisten sind, vollumfänglich bestätigt. Uebrigens könnte Herr Wittig, der Eis- und Transleitanbieter während des Neunfundentampfs als Emisjär zwecks Kullimport eifrig durchforschte, bei aller anscheinenden Keuschheit in politischen Dingen wissen, daß der „Bruder Tschek“ ein viel grimmigerer Deutschenhasser und -verfolger ist als selbst der „Schelmfranzos“ nach der Phantasia unserer patentierten „Patrioten“.

Aus einer Reihe von Dividenden, die trotz des „schlechten Geschäftsganges“ für die Aktionäre ganz reichlich ausgefallen sind, heben wir hervor die Großwäpiger Papierfabrik, die 10 Proz., und die Maschinenfabrik Augsburg, die wie im Vorjahr 11 $\frac{1}{2}$ Proz. zahlt. Damit läßt sich schon auskommen trotz der „Begehrlichkeit der Arbeiter“.

Der Buchhändler und frühere Buchdruckerbesitzer Köblich in Burgstädt ließ durch 2 Jahre hindurch 60 Exemplare der bei ihm gedruckten Zeitung durch Beamte der Post nach dem 6 Kilometer entfernten Orte Köthensdorf bringen, ohne sie der Post zur Beförderung übergeben zu haben. Er wurde zur Zahlung der hinterzogenen Portogelder — 145,20 Mk. — und dem vierfachen Betrage — 580,80 Mk. — als Strafe verurteilt.

Der Ankauf der Bismarckschen Memoiren für eine halbe Million Mark bewahrt sich nicht. Wir zweifeln gleich an der Meldung. Kein deutscher Buchhändler wird sich trotz aller Bismarckswärmerie an das riskante Apothetengeschäft wagen. Vielleicht beist ein amerikanischer Rabob an.

Industrie und Gewerbe.

Die Hamburg-Amerikanische Palettsfahrts-Aktien-Gesellschaft hat ihren Schmelldampferverkehre nach Wilhelmshaven verlegt, sich aber dabei zu mancherlei Verpflichtungen müssen, was die Arbeiter angeht. Sie soll bei Einstellung von Arbeitern sich mit den Marinebehörden verständigen, alles vermelden, was die Werftarbeiter zum Uebertritt in die Dienste der Gesellschaft verletten oder zu höheren Lohnforderungen reizen könnte und die Löhne dementsprechend bemessen. Diese Angst vor etwaiger Besserstellung der in Privatdiensten beschäftigten Arbeiter charakterisiert die staatlichen Musterbetriebe nicht eben in vorteilhafter Weise.

Nicht reden! Die Breslauer Volkswacht will wissen, daß eine ältere Verfügung, wonach den Bahnbeamten verboten ist, mit Dritten über dienstliche Angelegenheiten zu reden oder an die Zeitungen zu berichten, im Betriebsamte Guben auch auf persönliche Verhältnisse ausgebeutet wurde. Ueber Gehalts- und Avancements-Verhältnisse absolutes Stillschweigen — da soll wahrscheinlich weiter gesparrt werden!

Arbeiterbewegung.

Eine Anzahl Dreher haben bei einem Streik in Höchst zwei nichtstreichende Arbeiter „verfolgt, beschimpft und bedroht“. Die Sache scheint nun zwar an sich nicht so schlimm gewesen zu sein, indessen wenn zwei dasselbe thun ist es nicht dasselbe, der § 153 der Gewerbeordnung gewährt den Streikbrechern und allen, die ihren Kollegen im falsch verstandenen Interesse entgegenhandeln, einen besonders Schutz und daher wurde denn auch im vorliegenden Falle der Thäter zu 2 Monaten 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Mitangeklagten wurden freigesprochen.

Auf Anregung des Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses des Gewerbevereins-Kongresses, des bekannten Abgeordneten John Burns, hat das Lokal-Verwaltungsamt in London an alle ihm unterstehenden Ortsbehörden ein Rundschreiben geschickt, in welchem dieselben aufgefordert werden, nützliche und einträgliche Bauten zu beginnen, um den beschäftigungslosen Arbeitern Verdienst zu verschaffen.

In Belgien scheint der Ausstand der Bergarbeiter dem Ende nahe. Im ganzen Westere von Hennegau dürften kaum 20000 Arbeiter von über 300000 noch streiken. Im Bassin des Centre gilt der Ausstand als beendet. — Das Beharren des englischen Kohlengrubenbesitzer-Ringes auf der Lohnkürzung scheint ein gewaltiges Loch bekommen zu haben. Der Beschluß der Vergleute, die Arbeit überall da aufzunehmen, wo die alten Löhne fortgesetzt werden, hat seine Früchte getragen. Es sollen infolgedessen 40000 Mann die Arbeit aufgenommen haben. Außer der Sprengung des Unternehmer-Ringes fällt nun in die Waagschale, daß diese 40000 Mann laut Beschluß täglich jeder einen Schilling zur Unterstützung der Streikenden zahlt, die Position gegenüber den noch rentenlosen Unternehmern somit gewaltig gestärkt ist.

Verstorbene.

Der preussische Minister des Innern hat den Regierungsbehörden dringend empfohlen, bei Naturalisationsanträgen, namentlich von Individuen, welche zu der gewerbetreibenden oder arbeitenden Klasse gehören (!), mit besonderer Vorsicht zu verfahren und bei obwaltenden Zweifeln über die Nützlichkeit der Aufnahme sich eher für die Ablehnung als für die Bewilligung des Gesuches zu entscheiden. Es sei diese Vorsicht um so nötiger, als die in vielen deutschen

